



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die ungarischen und die böhmischen Wahlen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

lichkeiten spaltet, unter denen sich zuletzt auch Teufel einstellten. Es wirken eben im Volksgeiste zwei Kräfte gegeneinander. Die Vernunft fordert Ableitung aller Erscheinungen der geistigen und der Körperwelt aus einer gemeinsamen Quelle. Die Phantasie dagegen verlangt nach anschaulichen Gestalten; sie weiß mit einem Wesen, das alles zusammen und kein einzelnes sein soll, das darum nicht dargestellt werden kann, nichts anzufangen. Wenn vollends die bildenden Künste in ihren Dienst treten, kann es doch immer nur eine individuelle Erscheinung sein, was sie darstellen, also niemals der eine Gott. Klammert sich nun die Phantasie an diese Darstellungen an, so geht notwendig die Einheit Gottes verloren, und es bleiben nur Götter übrig. Den Ausweg der Orientalen, der übrigens vor der Vielgötterei nicht bewahrte, die Universalität des Weltgeistes durch die Verbindung von Tier- und Menschengestalten oder durch Vielköpfigkeit oder Vielarmigkeit auszudrücken, verschmähte der hellenische Geschmack, sobald er sich vollständig von den orientalischen Lehrmeistern der Technik befreit hatte. Auch das nebelhafte, nicht darstellbare Wesen, das Nisa oder Moira genannt wird, ist ein Erzeugnis der nach Einheit strebenden Vernunft; aus deren ungelöstem Widerstreit mit der an der Vielheit der Erscheinungen haftenden Phantasie erklären sich die auffälligsten Widersprüche der homerischen Theologie.

(Schluß folgt)



## Die ungarischen und die böhmischen Wahlen



owohl in den Ländern der Stephanskronen wie in denen der Wenzelskronen waren die wahlberechtigten Bürger berufen, Abgeordnete zu wählen, an der Donau und an der Theiß in den Reichstag, an der Moldau und an der Elbe nur in den Landtag, dem die Tschechen jedoch dieselbe Bedeutung zuwenden möchten, wie die Magyaren ihrem Parlament. Beide Wahlen dürften erhöhtes Interesse beanspruchen, weil beide unter neuen Bedingungen und Verhältnissen vor sich gegangen sind.

In Nr. 37 der Grenzboten ist der bisherige Charakter der ungarischen Wahlen dargelegt, und es ist vorausgesetzt worden, daß trotz ihrer vom Ministerpräsidenten Széll angekündigten künftigen Freiheit und Reinheit kaum eine wesentliche Wendung eintreten werde. Und in der That hat nach wie vor das Geld eine große Rolle im Wahlkampf gespielt. Nur hat es sich meist in den gesetzlichen Rahmen der Zahlung von Zuhrlöhnen und in den der Bewirtung am Wahltag und Wahlorte gefügt, womit aber nicht ausgeschlossen ist, daß in zahlreichen Orten die Bestechung ganz so wie früher geblüht hat. Es bleibt nur abzuwarten, wieviel derartige Fälle der königlichen Kurie angezeigt werden, und wieviel man wird nachweisen können. Auch der Druck der Komitatsbehörden auf die Wähler, der allerdings nicht überall und meist weit vorsichtiger als früher geübt worden ist, dürfte sich

meistens der Anzeige und Abhandlung entziehen. Von dem Ministerium ist kein nachweisbarer Einfluß auf die untergebenen Organe geübt worden, doch hat es darum nicht an offiziellen Kandidaturen gefehlt. Nur sind diese den Wahlbezirken mit mehr oder weniger Nachdruck durch das Exekutivkomitee der Regierungspartei nahegelegt worden. Erfreulicherweise haben sich mehrere Wählerschaften diese Einmischung in ihr Selbstbestimmungsrecht energisch verbeten und ihre Kandidaten auch glücklich durchgebracht.

Daß nach dem Abschlusse der Stichwahlen nunmehr feststehende Endergebnis zeigt als charakteristisches Zeichen einen Verlust der liberalen Regierungspartei von fünfundsiebenzig Mandaten, von denen fünfundsiebenzig den beiden Fraktionen der Unabhängigkeitspartei, und zwar ganz vorwiegend der Kossuthgruppe zu gute kommen. Die katholische Volkspartei hat nicht bloß in zahlreichen Wahlbezirken beträchtliche Minderheiten, sondern auch einen Zuwachs von zehn Mandaten erreicht. Bemerkenswert ist die Wahl von einem serbischen und vier slowakischen ausgesprochen nationalistischen Abgeordneten. Die sächsische Volkspartei hat den Regierungsfachsen zwei Mandate abgenommen. In der Hauptstadt ist ein Demokrat durchgedrungen, während das keinem einzigen sozialdemokratischen Kandidaten gelungen ist.

Das Unvereinbarkeitsgesetz hat viele frühere Abgeordnete von der Bewerbung abgehalten, noch mehr der Wegfall des offenen Hochdrucks von der Regierung und ihren Organen aus. Den tiefsten Eindruck hat das Durchfallen des einst allmächtigen parlamentarischen Diktators Koloman Tisza in seinem Großwardeiner Wahlbezirk gemacht, den er nach seiner von der bosnischen Okkupation im Jahre 1878 verursachten Wahlniederlage in Debreczin ohne Unterbrechung vertreten hat. Damit ist auch äußerlich das Ende des verhängnisvollen Einflusses bezeichnet, den Tisza und sein Anhang über ein Vierteljahrhundert lang auf die Geschicke Ungarns ausgeübt haben. Nahezu bedeutungslos erscheint daneben die Niederlage des Justizministers Ploz und des frühern Staatssekretärs Láng. Als Beweis, daß Ministerpräsident Széll der Willensäußerung der Wählerschaft freien Lauf gelassen habe, weisen die Offizösen darauf hin, daß auch sein eigener Schwiegersohn und sein Schwager unter den unerwartet Durchgefallenen seien. Wenn die Regierungspartei ebenso wie die äußerste Linke und die Volkspartei auch nur je eine Doppelwahl zu verzeichnen hat, so ist doch zweifellos, daß für den Justizminister, später wohl auch für Tisza und Láng ein Mandat gefunden werden wird. Die Nachricht, daß sich der Gründer der liberalen Partei nach seiner Niederlage gegen die Unabhängigkeitspartei vom politischen Leben ganz zurückziehen werde, ist schnellig widerrufen worden. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß er seine künftige politische Wirksamkeit in das Oberhaus verlegen wird, wo er als Oberkurator eines reformierten Kirchenbezirks seinen Sitz einnehmen könnte, den ein auch unter anderm Titel zur Mitgliedschaft berechtigter Verwandter, Graf Degenfeld, durch seinen Verzicht auf die bisherige Vertretung frei gemacht hat. Wenig hätte gefehlt, daß auch Tiszas langjähriger politischer Gegner, Graf Albert Apponyi, den Wahlkünsten lokaler Gegner in Jászberény und des von Bánffy eingesetzten, von Széll entlassenen Obergespanns erlegen wäre. Die dort geübten Mißbräuche gehörten zu den schreiendsten Verhöhnungen der von Széll mit gutem Glauben in Aussicht gestellten Freiheit und Reinheit der Wahl.

Die Presse der äußersten Linken wirft allerdings trotz des starken Anwachsens ihrer Vertreterzahl dem Ministerpräsidenten vor, er habe die nur vorsichtiger als früher geübten Wahlkünste der Beamtenschaft nicht ungern gesehen und jedenfalls gebuldet. Zweifellos hat sich gegen die aus der Mitte der südmagyarischen Deutschen aufgestellten unabhängigen Kandidaturen Vendl, Schreyer und Steinacker ein fühlbarer Druck des Komitats geltend gemacht. Trotzdem ist es dem erstgenannten Bewerber ebenso wie dem Bürgermeister Seemeyer in Wertheß gelungen, gegen die offiziellen Kandidaten des Exekutivkomitees mit dem Programm der liberalen Partei,

aber durch Eintreten für das Nationalitätengesetz, durchzudringen. Die höchst bescheidene Forderung beider, daß das Nationalitätengesetz aufrecht erhalten und gewissenhaft durchgeführt werde, hat schon genügt, sie bei den Chauvinisten in den Geruch des Pangermanismus zu bringen. Die in Südbungarn zweifellos vorhandne und sich ausdehnende deutsche Bewegung scheint auch dem Ministerpräsidenten recht unangenehm zu sein. Doch wird er sich schon mit Rücksicht auf das Verhältnis zum Deutschen Reiche in diese natürliche Entwicklung fügen müssen, die sich vollständig im gesetzlichen Rahmen hält, und die mit Gewaltmaßregeln unterdrücken zu wollen mit der bisher so erfolgreich geübten Széllschen Klugheit ganz unvereinbar wäre.

Im großen und ganzen kann der Ministerpräsident mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein. Mit den agrarischen Gliedern der Regierungspartei wird er ohne übermäßige Zugeständnisse auf Kosten der liberalen Tendenz allen bisherigen Erfahrungen nach jedenfalls auch im guten fertig zu werden verstehen.

Ganz anders stellt sich der Verlauf und das Ergebnis der Wahlen zum böhmischen Landtage dar. Sie sind bezeichnet durch eine monatelang betriebne heftige Wahl-agitation sowohl im deutschen wie im tschechischen Lager. Die Jungtschechen, die im Kampf gegen die Ausgleichspunktionen des Jahres 1890 nahezu alle Alttschechen aus dem Sattel gehoben hatten, waren unter Badeni und Thun regierungsfähig geworden und hatten mehr diplomatisches Wasser in ihren oppositionellen Wein gethan, als den von ihnen selbst zu immer neuern Anforderungen aufgeheizten Wählern lieb war. Als sie nun fühlten, daß der Boden der Volkstümlichkeit unter ihnen wankte, suchten sie sich durch Wahlkompromisse mit den Alttschechen und sogar mit den Tschechischradikalen wenigstens in einem Teile ihrer Wahlbezirke zu behaupten. Aber unter agrarischem Banner war ihnen eine gewaltige Opposition erwachsen.

Leider entspann sich ein noch erbitterter Kampf um die Mandate zwischen den Alldeutschen einerseits und den Deutschfortschrittlichen und „Deutschvölkischen“ andererseits. Die von Schönerer und Wolff geführte Gruppe beschuldigt die beiden andern der nationalen Lauheit und leitet daraus die Berechtigung ab, sie in geradezu maßloser Weise zu bekämpfen. Und um nicht als einfache Mandatsjäger zu erscheinen, mußten die Radikalen auch einen Unterschied im politischen Programm aufstellen. Sie fanden ihn in der Verwerfung der früher als Mittel einer reinlichen Scheidung und als Gewähr des deutschen Besitzstands auch von ihnen selbst geforderten genauen nationalen Zweiteilung Böhmens. Daß auch die Tschechen, selbstverständlich im Interesse ihrer seit drei Jahrzehnten mit so großem Erfolge betriebnen Ausbreitungspolitik, diese „Landeszerreißung“ auf das schärfste bekämpfen, hindert die Alldeutschen nicht, sich auf denselben Standpunkt zu stellen, freilich mit der Begründung, daß von einem ehemaligen deutschen Bundeslande auch nicht das kleinste Stück dem Tschechentum zu ausschließlichem Besitz überlassen werden dürfe, daß man vielmehr mit allen Kräften zu einer Wiedergermanisierung ganz Böhmens schreiten müsse. Die Zweiteilung wurde als unvereinbar mit der auch von der Fortschrittspartei und von der Volkspartei geforderten gesetzlichen Feststellung der deutschen Staatsprache erklärt. Da der Führer der deutschen Volkspartei in Böhmen, der Vizepräsident des Reichsrats Prade, sich dem von den Alldeutschen gegen die Fortschrittlichen begonnenen Vernichtungskampfe nicht anschließen, verdiente Vorkämpfer des böhmischen Deutschtums nicht von ehrgeizigen radikalen Mandatswerbern verdrängen lassen wollte — obwohl bei den vorangegangnen Wahlen die Volkspartei Hand in Hand mit den Alldeutschen gegen die Fortschrittspartei in die Schranken getreten war —, wurde auch Prade von Schönerer und Wolff in Acht und Bann erklärt, und alle aufrichtigen Freunde des Deutschtums mußten zu ihrem tiefen Bedauern einen vielfach mit vergifteten Waffen geführten, gehässigen Wahlkampf Deutscher gegen Deutsche beklagen, der natürlich niemand größere Freude bereitete als den Tschechen.

Aber von anderer Seite wurde dafür gesorgt, daß auch die tschechischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Das künstliche Klassensystem, auf dem sich das österreichische Wahlgesetz aufbaut, unterscheidet bekanntlich nach der vor wenig Jahren als Abschlagszahlung auf das allgemeine Stimmrecht durchgeführten Wahlreform fünf Kurien: die Stadtgemeinden, die Landgemeinden, die Handelskammern, den Großgrundbesitz und die allgemeine Wählerklasse, die für die Wähler der andern vier Kurien ein doppeltes Stimmrecht schafft. In der Wahlkurie der Landgemeinden wurde bis vor kurzem sowohl für den Reichsrat wie für die Landtage indirekt gewählt. Mehrere Kronländer haben schon für die Landtagswahlen die direkte Wahl eingeführt. Für Böhmen war das Gesetz erst in der letzten Tagung beschlossen und vor kurzem von der Krone sanktioniert worden. Es hatten also die Landgemeinden zum erstenmale direkt zu wählen. Die Großgrundbesitzerkurie wählt überall durch Listenstrutinium, und zwar in Böhmen geteilt nach den zwei Gruppen des fideikommissarischen und des allodialen Besitzes. Die frühere deutsche verfassungstreue Mehrheit dieser Kurie war anfangs der achtziger Jahre infolge des „Chabrus“, eines künstlich herbeigeführten Besitzwechsels im Großgrundbesitz, an die Tschechischfeudalen übergegangen, die alle siebenzig Mandate selbst behielten, sodaß die ansehnliche deutsche Minorität zwanzig Jahre lang unvertreten blieb. Mehrfache Versuche, diesem unbilligen Zustande durch eine Vereinbarung ein Ende zu machen, blieben ergebnislos. Auf eine Anregung von feudaler Seite, auf die während der letzten Landtagstagung eingebrachte lex Bouquoi, konnten die Verfassungstreuen damals nicht eingehen, weil grundsätzlich nur eine Einigung über sämtliche zwischen Deutschen und Tschechen schwebenden Streitpunkte als annehmbar erklärt worden war. Nun hat die Furcht vor einer allzu starken Vermehrung der alldeutschen Landtagsfraktion die österreichische Regierung veranlaßt, vermutlich nicht ohne Mithilfe der Krone, nachdrücklich auf eine Vereinbarung zwischen dem verfassungstreuen und dem feudalen Großgrundbesitz hinzuwirken, durch die dem ersten eine verhältnismäßige Anzahl von Mandaten in der allodialen Großgrundbesitzergruppe für die neue Tagung überlassen wird. Das ist gelungen, und dadurch gelangen noch etwas mehr deutsche Abgeordnete in den Landtag, als von den Alldeutschen aus der Gruppe der Fortschrittspartei verdrängt worden sind. Die Schwächung der gemäßigten Elemente ist so abgewandt, und das frühere Bündnis zwischen Tschechen und Feudalen ist fühlbar gelockert worden.

Die unter solchen Umständen durchgeführten Landtagswahlen haben nun auch keine großen Überraschungen gebracht, außer der unerwarteten Tatsache, daß in den zum erstenmal direkt wählenden Landgemeinden ein ganz unerwartet niedriger Prozentsatz der Wahlberechtigten, bei den Tschechen 44 Prozent, bei den Deutschen gar nur 37 Prozent, tatsächlich abgestimmt hat. Von achtzehn ländlichen Wahlbezirken konnte die Fortschrittspartei im ersten Wahlgange nur drei behaupten. Die meisten übrigen verlor sie an die Alldeutschen, einige an die Volkspartei. Bismlich dieselbe Anzahl von Wahlbezirken eroberte die radikale Richtung auch bei den Tschechen durch agrarische Kandidaten, meist erst nach hartem Wahlkampf, während die deutsche Fortschrittspartei mutlos eine Anzahl von Bezirken ohne Kampf aufgegeben hatte. Wo sie eine ruhige Gegenagitation eingeleitet und tüchtige Bewerber aufgestellt hatte, vermochte sie sich zu behaupten. Die hervorragenden Vertreter der Partei sind sämtlich wiedergewählt worden. In der einen Stichwahl, zu der es die Sozialdemokraten in den deutschen Landesteilen Böhmens brachten, sind sie unterlegen.

In den meisten national gemischten Bezirken hatten die Minderheiten Bählkandidaten aufgestellt und dadurch, nach dem böhmischen Landtagswahlgesetz, in mehreren eine zweite Wahl herbeigeführt, die größtenteils auch noch keine Ent-

scheidung brachte. In den erst hierauf folgenden Stichwahlen schlossen sich dann Deutsche und Deutsche, Tschechen und Tschechen zusammen und zeigten so die Erwünschtheit der Bildung rein nationaler Wahlbezirke, nötigenfalls mit ineinander greifenden Grenzen. Einen ernsten Kampf zwischen Deutschen und Tschechen gab es nur in Budweis. Da man im voraus wußte, daß die Entscheidung nur an wenig Stimmen hängen würde, wurde von beiden Seiten mit fieberhafter Anstrengung gearbeitet. Die deutsche Fortschrittspartei vermochte schließlich nur mit einer geringen Mehrheit zu siegen.

Die Verstärkung der radikalen Parteien auf beiden Seiten dürfte nun die Verhandlungen im Landtage weniger glatt gestalten. Andererseits wird der enge Anschluß der Fortschrittspartei an die verfassungstreuen Großgrundbesitzer eine mäßigende Wirkung ausüben. Da übrigens die Landtage erst im Januar zu längerer Tätigkeit einberufen werden sollen, dürfte die Zeit von elf bis zwölf Wochen wohl am besten auf die Befänstigung der im Wahlkampf erregten Gemüter beider Nationen und damit auch ihrer Vertreter einwirken. Die Wirkung der böhmischen Landtagswahlen muß sich übrigens viel früher als im Landtage selbst im mittlerweile wieder einberufenen Reichsrat zeigen, ja sie hat sich zum Teil schon gezeigt. Die Tschechen können sich nicht verhehlen, daß unter den für sie günstigsten Umständen, als sie eine parlamentarische Mehrheit zustande gebracht hatten, als die Polen und Südslawen sich dazu mißbrauchen ließen, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, als die Merikalen glaubten, noch straflos gegen das deutsche Volksgefühl sündigen zu dürfen — ihr Versuch, den Widerstand der Deutschen gegen ihre nationale Entrechtung auf verfassungswidrigem Wege zu brechen, mißlungen sei, und daß sie auch durch Obstruktion keine positiven Erfolge zu erringen imstande sein würden. Sie sind also gezwungen, aus der Not eine Tugend zu machen und unter allerlei Verwahrungen schließlich doch auf die Störung der parlamentarischen Arbeit zu verzichten. Die schärfsten Reden über die unvergessene Beleidigung, die der tschechischen Nation durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen zugefügt worden sei, werden die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich die jungtschechischen Politiker nicht mehr mit nennenswertem Erfolg und mit der Unterstützung gesinnungsverwandter Parteien gegen den ruhigen Verlauf der Parlamentsverhandlungen werden auflehnen können. Auch das Mißtrauensvotum, das sie in ihrem Klub gegen den Ministerpräsidenten Dr. Körber beschloßen haben, macht durchaus keinen schrecklichen Eindruck. Immerhin kann die neueste Wiederannäherung der feudalen Großgrundbesitzer und der tschechischen Volksparteien unmittelbar nach dem heftigen Wahlkampf dem Kabinett Körber noch Verlegenheiten bereiten. Daß sie dabei bereitwillige Gehilfen finden würden, zeigt der im Polenklub gestellte Antrag des Abgeordneten Romanowiz, es möge beschloßen und ausgesprochen werden, daß sich der Klub gegenüber der Regierung und allen Parteien des Hauses freie Hand vorbehalte, sich aber an der Beseitigung der Hindernisse, die einer weitem ordnungsmäßigen Arbeit des Abgeordnetenhauses entgegenstehn, nicht zu beteiligen, sowie die raschere Erledigung des Budgets nicht zu fördern gewillt sei, solange die Regierung eine lange Reihe von Forderungen Galiziens nicht erfüllen wird. Im Falle der Ablehnung solle der Klub jede Mitwirkung an der Erhaltung des parlamentarischen Friedens verweigern, und um einen stärkern Druck auf die Regierung auszuüben, eine von andern Parteien etwa unternommene Verzögerung der Budgetdebatte stillschweigend unterstützen. Eine so schamlose Aufforderung zur Obstruktion unter dem Deckmantel provinzieller Interessen ist aber sogar von den sonst nicht blöden Stanzkyenführern zurückgewiesen worden, und auch die von tschechischer Seite gemachten Versuche, eine Vereinigung sämtlicher slawischer Parteien zustande zu bringen, dürften keinen Anklang finden.

Ein nicht sehr erfreulicher Nachklang der böhmischen Landtagswahlen ist die

Art und Weise, in der die durch den Rücktritt des Abgeordneten Prade erledigte Stelle des ersten Vizepräsidenten im Reichsrat wieder besetzt worden ist. Die deutsche Volkspartei war von dem Entschlusse, diesen Posten nicht wieder für sich in Anspruch zu nehmen, vernünftigerweise zurückgekommen, besonders der von den Tschechen erhobnen Forderung gegenüber, daß der aus ihrer Mitte gestellte zweite Vizepräsident an die Stelle des ersten vorrücken solle. Der Sachlage nach war die Wahl eines Mitgliedes der deutschen Volkspartei aus den Alpenländern angezeigt. Aber keins war geneigt, den Posten zu übernehmen. Schließlich ließ sich der Klubobmann, der schlesische Abgeordnete Kaiser, zur Annahme bestimmen, der aber wegen seiner Parteinahme für die Christlichsozialen gegen die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl im Wiener zehnten Bezirk bei den Alldeutschen und Fortschrittlichen höchst unbeliebt ist. So kam es, daß der deutsche Kandidat nur mit 120 Stimmen gewählt wurde, während 125 weiße Zettel abgegeben wurden, und daß nach der Verkündung des Wahlergebnisses vor den Antrittsworten des neuen Präsidenten nicht bloß die Polen, Tschechen und Slowenen, sondern auch die Alldeutschen den Saal verließen. Der böhmische Wahlkampf hat eben die ohnehin sehr losen Bande der deutschen Gemeinbürgerschaft noch mehr gelockert.

Wie weit der Ausfall der ungarischen und der böhmischen Wahlen auf die unausschiebbaren wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der beiden Staaten der Monarchie zurückwirken wird, muß sich sehr bald zeigen, da auch der ungarische Reichstag schon zusammengetreten ist. Daß seine heutige Zusammensetzung die Stellung des Ministerpräsidenten Koloman Széll weit mehr gestärkt hat, als dies sein österreichischer Kollege Dr. Körber von den Verhältnissen im Wiener Reichsrate sagen kann, ist klar. Schon hat die entschlossene Antrittsrede Körbers, so günstig sie auch fast von allen Parteien aufgenommen worden ist, in der ungarischen Presse ein sehr schroffes Echo hervorgerufen, und sehr bald werden nicht bloß Böhmen und Ungarn, sondern die gesamten Länder und Völker beider Reichshälften einander in scharfem wirtschaftlichem Kampfe gegenüber stehen.



## Les tronçons du glaive

(Fortsetzung)



Am Vorabend vor Weihnachten quartierten sich die Bayern für zwei Tage ein. Sie waren so müde, daß sich viele von ihnen, nachdem sie den Tornister abgeworfen hatten, hinlegten und sofort einschließen. Auf's äußerste erschöpft, zerlumpt — einzelne hatten ihre Uniformen durch Nationalgardienblusen und Bauernhosen ersetzt müssen —, hatten sie seit zwei Monaten nichts als Marsche und Gefechte gehabt, Coulmiers, Voigny, Joaze, Vendôme. . . . Es hätte offenbar nicht viel dazu gehört, sie vollends umzureißen. Das herannahende Weihnachtsfest, das in deutschen Familien fröhlich begangen zu werden pflegt, und wobei es dieses Jahr keinen andern Glockenklang und keinen andern Lichterglanz als den der Totenmessen geben würde, belebte in ihren Herzen von neuem die Erinnerung an die Familie und die Sehnsucht nach der Heimat. Beim Gedanken an ihre Eltern (mères), an ihre Frauen, an ihre Kinder, an ihre Verlobten erfüllte Wehmut die Herzen dieser einfachen Leute, die sich unter einer rauhen Hülle die Liebe zum heimatlichen Herd wie eine frische Vergißmeinnichtblüte bewahrt hatten.